

Sparauto fährt mit wenig Sprit

Als eine „materialisierte Machbarkeitsstudie“ hat Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) das Sparauto Twingo SmILE bezeichnet. In seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der GRÜNE-Abgeordnete Alexandra Landsberg und Peter Eichenseher, die sie unter die Überschrift „Klimaschutz durch innovative Motortechnik — Sparauto in NRW produzieren“ gestellt hatten, nannte der Minister die beim SmILE (Small, intelligent, Light, Efficient)-Konzept verwendete Motortechnik als nicht neu. Es würden ausschließlich Komponenten verwendet, die von der Automobil-Zulieferindustrie bezogen werden könnten. Die Innovation bestehe in der konsequenten Nutzung und in der Kombination bekannter Techniken und vorhandener Bauteile mit dem Ziel eines geringstmöglichen Verbrauchs. Clement folgert, die Anwendung des bisher nur bei einem Kleinwagen realisierten Bauprinzipis sei grundsätzlich auch bei größeren Fahrzeugen möglich.

Lebenswelten ...

(Fortsetzung von Seite 24)

des Systems zu verbessern, will die Union abschließend wissen. Die Landesregierung erläutert dazu, sie wolle im Rahmen ihrer Familienpolitik die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien verbessern, die dem Wandel von Familienkonstellationen und der steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen Rechnung trügen. Ein wichtiges Ziel sei ferner die Sicherung von Angeboten der Erziehung, Bildung und Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder, um damit unter anderem auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Deshalb gelte es, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zusammen mit den Kommunen und den freien Trägern bis zum 31. Dezember 1998 zu verwirklichen sowie zu prüfen, ob Betreuungsangebote für die unter Dreijährigen und die über Sechsjährigen ausgebaut werden könnten. Hierzu würde auch die Weiterentwicklung der Schule von acht bis eins und die Schaffung altersgruppenbezogener Ganztagsangebote im Rahmen der Jugendarbeit, des Sports und der Kultur zählen.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Christian Michael Weisbrich (CDU)

Für den Abgeordneten Christian Michael Weisbrich wird es keine zweite Legislaturperiode im Düsseldorfer Landtag geben. 1999 will er direkt gewählter Landrat des Kreises Viersen werden. Das kommunalpolitische Hemd sei ihm näher als der landespolitische Rock, sagt der CDU-Politiker. Wer sich mit ihm länger über Politik und Wirtschaft unterhalten will, kann eigentlich nur bedauern, daß dem Landesparlament ein vielseitiger Fachmann verlorengehen wird. Weisbrich gehört zu der immer selteneren Spezies von Abgeordneten, die praktische Erfahrungen in der privaten Wirtschaft gesammelt haben, die Verwaltungserfahrung besitzen und in Stadt und Land bewiesen haben, daß sie politische Köpfe sind.

Weisbrich spricht von sich selbst als einem Exoten. Nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre und des Wirtschaftsingenieurwesens in Frankfurt/Main und Darmstadt arbeitete der gebürtige Oberschlesier (Jahrgang 1942) zunächst in einem Einzelhandelsbetrieb, sodann in der Bauindustrie.

Der in Mittelhessen Aufgewachsene bewarb sich später mit Erfolg um eine Stelle bei der Stadtentwicklungsgesellschaft im niederrheinischen Nettetal. Später war Weisbrich, der sich inzwischen am Niederrhein zu Hause fühlt, acht Jahre lang Stadtdirektor von Nettetal. Erneut wechselte er in die Privatwirtschaft: diesmal als Geschäftsführer eines heimischen Familienunternehmens der Stahlbranche.

Der Mann kann vergleichen: Die Entscheidungswege seien in der öffentlichen Verwaltung tatsächlich ungleich komplizierter und langsamer als bei Privatfirmen. Am schlimmsten sei nach seiner Erfahrung die Bürokratie auf Landesebene. Weisbrich: „Völlig überdimensioniert, die schmoren zum Teil im eigenen Saft.“ Den ansonsten ruhig argumentierenden Abgeordneten bringt es schier auf die Palme, wenn er als stellvertretender Vorsitzender des Landtags-Ausschusses für Verwaltungs-Strukturreform miterleben muß, daß man auf der Stelle tritt.

Auf Seiten der Landesregierung sei niemand ernsthaft daran interessiert, die Verwaltung wirklich zu reformieren. Weisbrichs bittere Bilanz hat auch einen Namen: Johannes Rau. Aus Gründen der politischen Opportunität wolle der Ministerpräsident keine effiziente Organisation der Landesverwaltung, keine Verminderung der Ministerien. Insofern lasse sich über die bisherige Arbeit im Verwaltungsstruktur-Reform-Ausschuß sagen: Außer Spesen nichts gewesen. Säge es in der Kasse eines Privatunternehmens so aus wie in derjenigen des Landes, würde alles auf den Prüfstand gestellt, damit Kosten und Leistungen wieder in ein ausgewogenes Verhältnis gerieten. Im Land passiere aber überhaupt nichts. Ihm fehle jedes Verständnis dafür, daß beispielsweise nach einem Gutachten ein Drittel der Stellen in der Hochbauverwaltung eingespart werden könnten, daß aber der zuständige Landesminister darauf keine Rücksicht nehme.

Weisbrich spricht nicht wie der Blinde von der Farbe. Als Firmen-Leiter mußte er seinerzeit betriebsbedingte Kündigungen aussprechen. Das sei seine bitterste berufliche Erfahrung bislang gewesen, als wegen der internationalen „Stahl-Subventionitis“ der heimische Stahl-Familienbetrieb einen Standort mit 200 Mitarbeitern aufgeben mußte. Mit großer Sorge blickt Weisbrich in die finanzielle Zukunft des Landes NRW. Heute müsse das Land für 100 000 Pensionäre 5,5 Milliarden Mark bezahlen. In nur achtzehn Jahren würden bereits 225 000 Versorgungsempfänger mit 12,5 Milliarden Mark zu bezahlen sein. Das sei nicht zu schultern, dann fliege der Landeshaushalt in die Luft.

Weisbrich fordert mutige Sparanstrengungen der politischen Verantwortlichen: „Kluge und Dumme — beide tun sie am Ende das gleiche, nur, der Kluge tut's zur rechten Zeit.“ Der Politiker vom Niederrhein scheut sich nicht, ziemlich klar zur Steinkohle-Subventionierung Stellung zu beziehen. Er schätze Wirtschaftsminister Clement als Fachmann, aber was sich dieser Mann im März an Auf-

wiegelung der Bergleute geleistet habe, gehe auf keine Kuhhaut. NRW habe den Strukturwandel systematisch verschlafen. Weisbrich: „Aus Sicht sozialdemokratischer Klientelpolitik fand man es über Jahrzehnte hinweg bequem, den Strukturwandel langsam zu betreiben.“ Er kenne im übrigen den Verdruss der übrigen Landesteile darüber, wie Milliarden-Beträge an Subventionen ins Ruhrgebiet flössen. Weisbrich: „Selbstverständlich darf es jetzt keinen ganz scharfen Bruch geben, aber, daß dieser Unfug aufhören muß, ist für mich sonnenklar.“ Japan sei aus Kostengründen aus dem Steinkohle-Bergbau ausgestiegen, habe sich stattdessen an australischen Gruben beteiligt. Weisbrich: „Die ganze Argumentation vom sogenannten Referenzbergbau — alles an den Haaren herbeigezogen.“ Hier werde kurzfristige Politik betrieben, statt den Kumpel in die Augen zu schauen und ihnen zu sagen: „Freunde, es geht nicht mehr so weiter, wie wir Euch das gesagt haben.“ Nun müsse man es hinkriegen, pro Jahr eine Zeche stillzulegen, der Winkel des Sinkfluges sollte abgeflacht werden. Aber: „Die Stunde der Wahrheit kommt.“ Weisbrich erzählt, wie er den gradenlosen Anpassungsprozeß in der Stahlindustrie miterlebt habe. Da habe es zwar einige öffentliche Sozialplanmittel gegeben, aber nichts im Vergleich zu den Kohlesubventionen. Subventionen seien am Ende Teufelszeug, weil die Menschen sich in falscher Sicherheit wögen, meint Weisbrich.

Der Abgeordnete aus dem Kreis Viersen ist verheiratet und hat einen Sohn, der in Aachen Maschinenbau studiert. Vater Weisbrich war früher ein begeisterter Fußballspieler, danach zog es ihn zum Wettkampf-Tennis. Mit den Jahren kam das Interesse am Golfspielen. „Handicap 27 — nichts besonderes“, sagt er. Schmunzelnd fügt der Hobbygolfer hinzu: „Wer heute beruflich stark in Anspruch genommen wird und ein Handicap unter 20 hat, mit dessen Arbeitseinsatz kann etwas nicht stimmen.“

Weisbrich respektiert das von bösen Tricks freie Verhältnis zwischen CDU-Oppositionsführer Helmut Linsen und dem CDU-Landesvorsitzenden Norbert Blüm. Er habe es sehr geschätzt, daß der eine nichts Böses über den anderen gesagt habe, als es um Blüms erneute Kandidatur für den Parteivorsitz gegangen sei. Weisbrich läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß er es politisch für besser gehalten hätte, wenn Linsen gewählt worden wäre. Dieser habe aber nun einmal Blüm versprochen, aus Loyalität nicht gegen ihn zu kandidieren. Weisbrich zollt Respekt: „In der Politik gibt es zuwenig Menschen, die fair miteinander umgehen.“

Reinhard Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)